



Ihr gutes Recht

Rechtsanwälte und Kanzleien stellen sich vor

Inhaltliche Bestimmtheit einer Patientenverfügung

Der Bundesgerichtshof hat in seinem Beschluss vom 06.07.2016, Az. XII ZB 61/16, ausgeführt, dass die schriftliche Äußerung des Patienten, „keine lebenserhaltenden Maßnahmen“ zu wünschen, für sich genommen nicht die für eine bindende Patientenverfügung notwendige konkrete Behandlungsentscheidung des Patienten enthalte. Die insoweit erforderliche Konkretisierung könne durch die Benennung bestimmter arztlischer Maßnahmen oder die Bezugnahme auf ausreichend spezifiziertere Krankheiten oder Behandlungssituationen erfolgen.

Was ist eine Patientenverfügung?

Die Patientenverfügung ist gesetzlich definiert in § 1901 a BGB. Es handelt sich dabei um eine Verfügung, in der ein einwilligungsfähiger Volljähriger für den Fall seiner Einwilligungsunfähigkeit schriftlich festgelegt hat, ob er in bestimmte, zum Zeitpunkt der Festlegung noch nicht unmittelbar bevorstehende Untersuchungen seines Gesundheitszustandes, Heilbehandlungen oder arztlische Eingriffe einwilligt oder sie untersagt.

Die Patientenverfügung ist Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts einer Person über ihren Körper, in der sie „in Zeiten geistiger Frische für den Fall der Gebrechlichkeit“ vorsorgt. Sie ist für jeden verbindlich, also auch für den behandelnden Arzt, den Betreuer oder den Vorsorgebevollmächtigten.

Gegenstand einer Patientenver-

fügung ist regelmäßig die Art und Weise einer medizinischen Intensivbehandlung im Falle einer künftigen schwerwiegenden Erkrankung, die bei natürlichem Verlauf zum Tode führt, wenn der Betroffene in jenem Zeitpunkt einwilligungsunfähig ist. Ist der Betroffene im Augenblick der Behandlung einwilligungsfähig, so geht stets sein konkreter Wille vor.

Jeder arztlische Eingriff stellt eine Körperverletzung dar, die nur durch die Einwilligung des Patienten gerechtfertigt ist. Ist der Patient einwilligungsfähig, kommt es auf seine eigene konkrete Einwilligung oder Nichteinwilligung in die arztlische Behandlung an. Ist er im Zeitpunkt der arztlischen Behandlung einwilligungsunfähig, ist die Einwilligung oder Nichteinwilligung zu erteilen durch den Betreuer oder den Vorsorgebevollmächtigten. Für diesen Fall gibt die Patientenverfügung dem Bevollmächtigten oder dem Betreuer verbindlich vor, zu welchen Maßnahmen der Bevollmächtigte oder der Betreuer eine Einwilligung zu erteilen oder zu untersagen hat. Als derartige Behandlungsmaßnahmen kommen in Betracht.

- der Ausschluss lebensverlängernder Maßnahmen,
- aber auch die Erwartung einer bestimmten medizinischen Behandlung bei entsprechender Indikation sowie
- schmerzlindernde Maßnahmen.

Die Patientenverfügung verlangt konkrete Entscheidungen des Be-



Dr. Hubertus Rohlfing
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Erbrecht

troffenen über Einwilligung oder Nichteinwilligung in bestimmte, noch nicht unmittelbar bevorstehende arztlische Maßnahmen. Damit soll sichergestellt werden, dass sich der Betroffene nicht auf allgemeine Anweisungen an den behandelnden Arzt beschränkt.

In dem Fall, der dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorlag, hatte die Betroffene folgende Patientenverfügung unterzeichnet:

„Solange eine realistische Aussicht auf Erhaltung eines erträglichen Lebens besteht, erwarte ich arztlischen und pflegerischen Beistand unter Ausschöpfung der angemessenen Möglichkeiten. Dagegen wünsche ich, dass lebensverlängernde Maßnahmen unterbleiben, wenn medizinisch eindeutig festgestellt ist, dass ich mich unabwehrbar im unmittelbaren Sterbeprozess befinde, oder dass keine Aussicht auf Wiedererlangung des Bewusstseins besteht. Behandlung

und Pflege sollen in diesen Fällen auf die Linderung von Schmerzen, Unruhe und Angst gerichtet sein.“

Die Betroffene hatte drei Töchter, der ältesten hatte sie eine Vorsorgevollmacht erteilt und zusätzlich eine Patientenverfügung errichtet. Nachdem sie einen Hirnschlag erlitten hatte, wurde ihr im Krankenhaus eine PEG-Sonde (Magensonde) gelegt, über die sie seitdem ernährt wird und Medikamente verabreicht bekommt. Die beiden jüngeren Töchter waren mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden und beantragten unter Berufung auf die Patientenverfügung bei Gericht, die Genehmigung dafür zu erteilen, dass die Magensonde abgesetzt werde. Gegen diesen Antrag wandte sich die bevollmächtigte Tochter und äußerte, es entspreche nicht dem Wunsch der Mutter, die Magensonde abzuschalten. Auch die behandelnde Ärztin schloss sich dieser Auffassung an.

In letzter Instanz führte der BGH dazu aus, die Patientenverfügung der Mutter sei nicht konkret genug. Ihre Äußerung, keine lebenserhaltenden Maßnahmen zu wünschen,

reiche nicht aus, die Magensonde abzuschalten. Für solche gravierenden Maßnahmen müssten ganz konkrete Anweisungen in der Patientenverfügung enthalten sein. Der Bundesgerichtshof entschied daher, dass die Magensonde nicht abgeschaltet werden dürfe.

In seiner jüngsten Entscheidung vom 14.11.2018, Az. XII ZB 107/18 hilft der Bundesgerichtshof den Beteiligten, wenn es an einer detaillierten Benennung bestimmter arztlischer Maßnahmen fehlt, mit einer Auslegung der in der Verfügung enthaltenen Erklärungen. Die erforderliche Konkretisierung könne sich durch eine Bezugnahme auf ausreichend spezifiziertere Krankheiten oder Behandlungssituationen ergeben.

Wer keine künstlichen lebensverlängernden Maßnahmen wünscht, sollte vorsorglich in der Patientenverfügung ganz konkret angeben, welche konkreten Behandlungsmaßnahmen er wünscht oder ablehnt. Bleibt der geäußerte Wille unklar, ist die Patientenverfügung nutzlos.



Rechtsanwälte | Fachanwälte
Partnerschaft mbB